

FDP will Schnellfähre von der Ueser Brücke nach Bremen

Positionen der Fraktionen: Fußgängerzone muss keine reine Einkaufsmeile sein

ACHIM ■ Zur Lösung der Achimer Verkehrsprobleme kann sich die FDP eine Schnellfährverbindung von der Ueser Brücke nach Bremen mit großem Parkplatz an der Weser vorstellen. Andere Fraktionen befürworten eine weitere oder in Intschede breitere Weserquerung beziehungsweise Umleitungsstrecken der Autobahn, die nicht durch Achim führen

Das sind einige Antworten auf die vom Wirtschaftsbeirat Achim gestellten Fragen. Über die vernichtende Kritik des Wirtschaftsbeirats an den dünnen oder ganz ausgebliebenen Antworten der Fraktionen hatten wir schon gestern berichtet.

Einiges Interessante wollen wir doch noch herauspicken: Die SPD könnte sich vorstellen, in der Fußgängerzone in Zeiten des Onlinehandels auch verstärkt Dienstleister mit Publikumsverkehr wie Nachhilfeinstitute, Fahrschulen oder Praxen anzusiedeln. Sollte es mit den Einkaufsläden in der City nicht klappen, kann sich die WGA hier auch ein Mehrgenerationenhaus und Jugendeinrichtungen vorstellen. Die FDP will überhaupt keine Stadtplanung, sondern das meiste den Marktkräften überlassen.

Neben der nicht antwortenden CDU kann sich die WGA als einzige vorstellen, auf der Lieken-Brache ein „neues Ein-

kaufserlebnis“ mit einem Lebensmittel als Ankermieter zu schaffen.

Alle Parteien wollen Krippen, Kindertagesstätten und Ganztagschulen enorm ausbauen und hoffen, aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage Achims das finanzieren zu können.

Begehrlichkeiten und Gefälligkeiten

Sehen sie auch Einsparmöglichkeiten? Dem Wirtschaftsbeirat haben sie keine genannt. Im Gegenteil: Die WGA schreibt: „Im Moment sehen wir keine Ansätze zur Verbesserung der Haushaltssituation, da immer wieder

neue Begehrlichkeiten anstehen. Immerhin will die Wählergemeinschaft beim Jahrhundertprojekt Achim-West aussteigen, wenn die Stadt dafür mehr als zehn Millionen Euro bezahlen müsste.

Die SPD zu Einsparungen kritisch und zugleich völlig unverbindlich: „Hilfreich wäre, interne Verwaltungsprozesse auf Notwendigkeit und Effizienz zu überprüfen.“ Die Partei sieht „Risiken, mit Gefälligkeitsbeschlüssen in alte Verhaltensmuster zurückzufallen, zumal dies den Spielraum für notwendige zukünftige Projekte einschränkt.“ Welchen Gefallen man nicht erfüllen sollte, sagt die SPD nicht. ■ mb